

ten. Und wer einen guten, sicheren Lebensstandard möchte, der muss sich hierfür auch etwas zumuten lassen.

Wenn es unbehaglich wird, ertönt aber immer schneller der Ruf nach dem Staat, der es richten soll. Und da, wo staatlicherseits entschlossene, politische Führung gefragt ist, wird Verantwortung immer öfter an Experten und Fachgremien delegiert. Deutschland steuert so auf eine „Vollkasko-Gesellschaft“ zu. Wir täuschen uns über die Risiken und Nebenwirkungen, die gesellschaftliches Zusammenleben nun einmal mit sich bringt – alles hat seinen Preis, und es kann nicht nur Gewinn geben –, hinweg, indem wir in der Debatte um das Richtige verharren, ohne das Richtige zu tun. Und viel fataler, wir täuschen uns dabei über den gewaltigen Preis des Unterlassens, des Verzögerns, der Angst vor Veränderung. Ohne mutige Innovationen wird Deutschland seine gute Zukunft nicht gewinnen, und ohne Risikobereitschaft gibt es keine Innovationen.

Wir müssen noch in diesem Jahrzehnt massiv in unsere Energieinfrastruktur investieren und die Erzeugungskapazität für Grünstrom drastisch ausbauen, wenn wir die Vision eines klimaneutralen Kontinents erreichen wollen. Je mehr Lebensbereiche elektrifiziert werden, desto mehr Grünstrom brauchen wir, umso mehr müssen auch die Stromnetze mitwachsen.

Frontier Economics und die RWTH Aachen haben es vorgerechnet: Bis zum Jahr 2050 liegt der Investitionsbedarf in Deutschland allein im Verteilnetz bei sage und schreibe über 100 Milliarden Euro. Sonst käme der erzeugte Grünstrom schlicht nicht dort an, wo er gebraucht wird. Auf Sicht hätte es ökologisch wie ökonomisch gesehen also fatale Folgen, wenn wir beim Infrastrukturausbau nicht vorankommen. Genau das aber riskiert Deutschland. Die Energiewende wird organisiert mit einer wahren Flut an Einzelvorschriften und bürokratischen wie rechtlichen Hürden. Der Ausbau der Erneuerbaren wird dadurch massiv ausge-

Ein Ruck ist zu wenig

Von Johannes Teysen

bremst. Nun gerät auf den nachgelagerten Ebenen auch der Netzausbau ins Stocken. Die Genehmigung einer Stromleitung verteilt sich heute auf fünf verschiedene Gesetze mit geteilter Zuständigkeit: zwischen Bund und Ländern. Warum gibt es kein bundesweit einheitliches Planungsverfahren mit einem durchgehenden Genehmigungsverfahren? Stattdessen zeigt sich hier der gleiche Föderalismus-Dschungel, der gerade in der Pandemie wie unter einem Bergglas sichtbar wird. Der Bau einer 110kV-Stromleitung – viele Menschen kennen die großen Masten aus ihrer Nachbarschaft – dauert in Deutschland bis zu acht Jahre. Zwei Jahre braucht es, bis die Planunterlagen so vorbereitet sind, dass alle bürokratischen Anforderungen erfüllt sind, zwei Jahre dauert im Schnitt das anschließende Planfeststellungsverfahren. Dann kann es noch einmal vier Jahre dauern, bis alle Betroffenen, vom Interessenverband, der berufsmäßig gegen alles klagt, bis zum betroffenen Anwohner, durch die gerichtlichen Instanzen gegangen sind. Sind die ausgestellten Verbandsklagen also wirklich eine Errungenschaft oder nur ein weiterer Baustein eines Rechtsmittelstaats? Nach unvorstellbaren acht Jahren erhält der Bauplan dann endlich Bestandskraft. Acht Jahre, bis die Leitung endlich gebaut und

in Betrieb genommen werden kann und grünen Strom – zum Beispiel zum nächsten Elektroladepark – liefern kann. Zum Vergleich: 2021 fahren in Deutschland rund 300 000 Elektrofahrzeuge, acht Jahre vorher waren es gerade einmal gut 7000. Die Welt dreht sich um uns herum rasant weiter, während wir wertvolle Zeit mit der Frage nach dem „Wie“ verschwenden, obwohl längst klar ist, was zu tun ist.

Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, ist es auch notwendig, unsere Energieinfrastruktur zu digitalisieren. Sonst wiederholen sich Fehler wie beim Internetausbau, wo Deutschland wider besseres Wissen jahrzehntelang auf Kupfer statt auf Glasfaser setzte. Ein ähnliches Versäumnis bei der Energiewende könnte der Sargnagel für die Ziele des Green Deal werden. Erreichbar ist der Spagat zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit nämlich nur, wenn wir die Effizienzpotentiale der digitalen Steuerung von Energieflüssen auch wirklich nutzen. Dafür sind leistungsstarke digitale Messsysteme, sogenannte Smart Meter, die Grundvoraussetzung. Auch hier zeigt sich das gleiche Muster: Während in Schweden bereits die nächste Generation dieser Smart Meter fast ausgerollt ist, weil die erste technologisch längst an ihr Lebensende gekommen ist, kommt bei uns in Deutsch-

land selbst der Roll-out der ersten Generation infolge völlig überhöhter regulatorischer Anforderungen überhaupt nicht in Gang.

Wir verstoßern Chancen für Technologiesprünge und eine schnellere Energiewende. Jeder Anwendungsfall, jede Technologie bekommt eigene Gesetze und Regeln. Dabei wäre es viel besser, auf Technologiespezifität zu setzen und die Kraft des Marktes anzuzapfen. Die Lösung für die gewollte Lenkungswirkung ist eigentlich recht simpel: Wir müssen die schädlichen Emissionen verteuern, nicht Energie! Die sektorenübergreifende CO₂-Bepreisung kann ein wichtiges Instrument hierfür sein, wenn wir es richtig anpacken.

Natürlich, die Energiewirtschaft muss sehr vorsichtig sein, nicht besserwisserisch und scheinheilig daherkommen. Unsere Branche, auch ich persönlich, haben viele Fehler gemacht. Die Lage oft falsch eingeschätzt und zu spät der Verteidigung der alten auf die Gestaltung der neuen Energiewelt umgestellt. Aber wir haben es schlussendlich doch getan, dann aber sehr konsequent und radikal.

Roman Herzog sprach 1997 von dem berühmten Ruck, der durch Deutschland gehen müsse. Ein Ruck ist 2021 leider zu wenig, um den dicken Mehltau, der sich schwer über das Land gelegt hat, abzuschütteln. Wir brauchen jetzt den Mut einer radikalen Erneuerung aus der Krise, um wieder zu einer Nation der Erfinder, Pioniere, Gestalter und Macher zu werden. Wer nur noch Erreichtes verteidigt und nicht mehr den Mut aufbringt, ins Risiko zu gehen, Verantwortung zu übernehmen und sich etwas zuzumuten, der wird die Zukunft nicht mehr gewinnen. Dieses Land und seine Menschen, dies haben wir oft bewiesen, können viel mehr.

Johannes Teysen ist Vorstandsvorsitzender der Eon SE. Ende März scheidet er nach fast elf Jahren planmäßig aus dem Amt aus.